

Presseerklärung vom 08. Juli 2015

Kein Atomumschlag in Bremen!

Greenpeace protestiert gegen Klage vor Verwaltungsgericht

Bremen, 9. 7. 2015 – Vor dem Bremer Verwaltungsgericht wird heute um 09:00 Uhr im Saal 5 über die Klage von zwei nicht namentlich genannten Firmen gegen das Verbot des Atomumschlags in Bremischen Häfen verhandelt. Hiergegen protestieren Greenpeace Bremen und Bremerhaven mit einem Banner vor dem Gerichtsgebäude Am Wall 198. „Es gibt eine klare Mehrheitsentscheidung der Bremischen Bürgerschaft und auch eine deutliche Mehrheit in der Bremer Bevölkerung gegen solche Atomtransporte“ sagt Felix Bellmann aus der Bremer Greenpeace-Gruppe. „Dass jetzt per Gerichtsurteil Bremen gezwungen werden soll, diese Transporte zuzulassen, ist ein undemokratischer Akt und zudem eine Gefährdung der Bremer Bevölkerung“.

Die Bremische Bürgerschaft hat die bremischen Häfen im Jahr 2012 in Bezug auf den Umschlag von Kernbrennstoffen entwidmet. Ein Schritt, den vorher auch bereits Emden und Lübeck vollzogen hatten. „Dass die klagenden Firmen sich in der Klageveröffentlichung nicht einmal mit dem eigenen Namen nennen lassen, sondern sich als „A. GmbH“ und „G. GmbH“ bezeichnen lassen, zeigt, dass den Unternehmen deutlich bewusst ist, dass sie hier gegen die Interessen des Gemeinwohls agieren“ so Bellmann weiter.

Genauerer zu den Transporten ist zurzeit noch nicht bekannt. Es gibt weder Informationen über das umzuschlagende Produkt, noch über die Menge oder das Transportbehältnis.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen erreichen Sie Felix Bellmann, Tel.0176-72294016